

Protokoll

Videokonferenz des Landesvorstandes DIE LINKE. Thüringen am 12.05.m 2020

Teilnehmer:

S. Hennig- Wellsow, M. Günther, S. Dittes (bis 18.35 Uhr), D. Fundheller, C. Barthel, M. Sojka, D. Vogtschmidt, St. Thormann, D. Starost, B. Harras (ab 17.20 Uhr), M. Hesselbarth, K. Linde, S. Tokalic- Kraft,

Gäste: M. Schirdewan (bis 17.45 Uhr), M. Krückels, S. Richter- Schmidt, D. Anhalt (alle bis 18.25 Uhr)

Entschuldigt: A.- S. Groß, T. Kummer, M. Wagler, H. Werner, T. Rosenstock, E. Schindler

Auf Grund des Beratungsgegenstandes in TOP 5 und damit verbundener datenschutzrechtlicher Festlegungen wurden nur Mitglieder des Landesvorstandes und zeitlich begrenzt einige Gäste zu der Telefonkonferenz eingeladen.

Ralph Lenkert konnte keine technische Verbindung herstellen.

Tagesordnung:

1. Regeln für die Konferenz/ Protokollkontrolle

Keine weiteren Hinweise zum bereits versandten Protokoll vom 01.04.2020

2. Aktuelles Teil 1

- Bericht des Geschäftsführenden Vorstandes: (M.Günther)

Auswertung 8. Mai: Ausdrücklicher Dank geht an die Gebietsverbände für dezentrale, disziplinierte Aktionen

Der GfLV hat die Vorbereitung der heutigen Telefonkonferenz und die Vorbereitung des LPT inhaltlich besprochen. Ausführungen zum Landesparteitag erfolgen unter TOP 5

Die Organisation der LGS unter Coronabedingungen bedeutet Arbeit in Einzel- Büros und weiterhin eingeschränkten Besuchsverkehr.

- Bericht aus der Landtagsfraktion: S. Hennig- Wellsow, S. Dittes)

Weiterhin in Beratung ist das Sondervermögen (die Verabschiedung des Mantelgesetzes kann voraussichtlich noch nicht am 28.5. erfolgen), weiteres Geld soll für Kommunen bereitgestellt werden; Verhandlungen in der Koalition verlaufen zwischen Grünen und SPD

schwierig, die Einberufung des Koalitionsausschusses soll aber vermieden werden;

Die Landtags- Sitzung von Mittwoch bis Freitag findet in der in Arena statt und kostet 25 000 Euro; Themen sind eher nachgeordnet; Weiterhin gibt es die Diskussion zur Erhöhung der

GEZ- Gebühren; nach neuesten Festlegungen sind öffentliche Versammlungen jetzt wieder uneingeschränkt möglich. §2 As 1 in neuer VO besagt, es gibt keine Versagung von

Zusammenkünften außer durch definierte Ausnahmen; Großveranstaltungen ab 1000 Leute bleiben untersagt. So genannte „Spaziergänge“ wie u.a. in Rudolstadt stellen die

Verhältnismäßigkeit der Ordnungsmaßnahmen im Vergleich zu 1. Und 8. Mai in Frage; Das Handeln der Ordnungsbehörden und Polizei ist aber möglich, im Versammlungsrecht existiert keine Lücke.

Im Bereich Kita/ Schule geht es uns eigentlich zu schnell, aber die Lockerungen sind Zeichen des hohen Außendrucks; die neue Verordnung ist weitreichend und die LINKE nicht immer Herr des Verfahrens; Die mit der neuen Verordnung verkündete Aufnahme des Regelbetriebs stellt die Kapazitätsfrage in den Einrichtungen (Quadratmeter- Festlegung) und ist deshalb schwierig. Auf den Homepages von Fraktion und unseren Ministerien finden sich alle verfügbaren Hinweise zu Corona und diesbezüglichen Festlegungen

Für kommunale Mandatsträger sind Festlegungen zu Online- Tagungen bisher nicht vorgesehen, der Regelungsbedarf zu Abstimmungen und Debatten wird noch diskutiert. Physische Sitzungen sind möglich.

Vorstandssitzungen von Parteien sind nicht zwingend rechtlich vorgeschrieben und deshalb gegenwärtig nicht grundsätzlich zulässig! Eine Anzeige beim Gesundheitsamt ist deshalb notwendig. Wahlversammlungen sind hingegen zwingend notwendig, also mit Rechtsgrund versehen. Der Infektionsschutz ist immer einzuhalten. Es gibt keine einheitliche Handhabung in den Kreisen.

Die SPD Thüringen befindet sich in schwieriger Verfassung.

3. Beratung zur europäischen Dimension der Corona- Krise (Martin Schirdewan, Zusammenfassung wird nachgereicht):

„Unsolidarisch- nationalistisches Krisenmanagement: Fällt die EU jetzt auseinander? -Arbeit erfolgt derzeit virtuell in EU und EP, der EP- Kalender wurde umgestellt, nur Notwendigstes bis Sommerpause wird realisiert

Die nächste Sitzung berät zum Recovery- Fund (bisher noch unkonkret, soll den Wiederaufbau nach der Krise mit mehrjährigem Finanzrahmen sichern. Über das Budget herrscht Uneinigkeit im EP, nun soll die EU- Kommission einen Vorschlag vorlegen. Weitere Themen: Situation in Ungarn, Corona Tracing App (Datenschutz, Dezentralität, Freiwilligkeit)

Die GUEN/ GL hat ein Positionspapier vorgestellt (u.a. zur sozialen Dimension Corona, bisher ist die „soziale Säule der EU“ nicht rechtsverbindlich. Die Gewerkschaftsrolle ist zu stärken, die Situation von Kurzarbeitern, Soloselbstständigen und Berufstätigen in wichtigen Berufen wird thematisiert. Was muss die wirtschaftliche Antwort auf die Coronakrise sein. Bisherige Austerität bietet keine Alternative.

Zur rechtsstaatlichen und demokratischen Entwicklung in der EU:

Besorgniserregende Regelungen in Ungarn (Parlament hat sich entmachtet), Wahlen sind ausgesetzt bis Orban einen genehmen Termin findet, es gibt massive Angriffe auf die Medienfreiheit; Frauenrechte (Gynäkologen- Besuche!) werden in anderen Ländern (Slowakei, Rumänien) attackiert und die Unabhängigkeit der Justiz in Polen ist gefährdet. Laut EU soll die EZB keine Bonds vergeben. Sind hier Vertragsänderungen notwendig? Erschwerend in der Debatte wirkt, dass Anleihenkäufe der EZB durch das BVerfGericht verworfen wurden. Die AfD agiert auch im EP gegen Coronaschutzmaßnahmen. Ein Abgeordnetenbüro wird durch Martin und Mandy Eißing jetzt in Jena bezogen.

4. Aktuelles Teil 2

- **Bericht der Bundestagsfraktion:** erfolgt schriftlich

- **Bericht der TSK**

Gegenwärtig werden Unterstützungslösungen für den Kulturbereich gesucht (Schausteller, Künstler). Großveranstaltungen und Märkte werden absehbar nicht stattfinden.

Der Bearbeitungsstand von KAG- Anträgen ist bei der Aufbaubank unverändert, in Einzelfällen gibt es eine lange Bearbeitungsdauer. Corona und Änderungen der Maßnahmen beschäftigt die TSK- Strukturen vollständig.

Bundesminister Altmaier will für Messebauer und Kinos auch nach 3 Monaten Unterstützung weitere Anschlussregelungen schaffen

Die Ungarisch- thüringische Kommission war auf Grund der reaktionären Entwicklungen in Ungarn politisch kaum tauglich in letzten Jahren. Es gibt nach dem Ausscheiden B. Winters vorerst keine Neubesetzung durch Thüringen.

5. Informationen:

- **Bundesparteitag** (M. Günther)

Er findet vom 30.10.- 01.11. in Erfurt statt (zeitgleich auch der Reformationstag).

Ehrenamtliche Unterstützer aus unseren Gebietsverbänden werden benötigt, die Meldung soll an N. Griessbach in der LGS erfolgen. Bereits durchgeführte Delegiertenwahlen für diesen BPT sind unabhängig von der Terminverlegung (Juni auf Ende Oktober) gültig.

Die Übernachtung der Thüringer Delegierten erfolgt im Airporthotel Erfurt (35 DZ zu 139 Eu und EZ zu 119 Eu sind gebunden. Hygieneschutzmaßnahmen (Sitzplanänderung, Einladung an Gäste, Einschränkung von Infoständen und Maskenkauf) sind geplant.

- **Landesparteitag** (M. Günther)

Am 19.09. ist das Volkshaus in SÖM für eine eintägige Sitzung vorgesehen. Noch offen ist, wie wir mit eventuellen Platzbeschränkungen wegen Corona umgehen werden.

Inhaltlich wird voraussichtlich die Personalstruktur (Grundlage ist das Ergebnis der AG Personalstruktur) eine Rolle spielen. Eine grundsätzliche Einschätzung „Wo stehen wir nach einem Jahr Minderheitenregierung? Wie sieht unsere politische Handlungsfähigkeit unter Pandemiebedingungen aus“ soll vorgenommen werden. Der Leitantrag müsste eine Wahlaussage für 2021 (mit Verweis auf LTW- Programm 2019) treffen. Durch WordCafes soll eine satzungskonforme Auflockerung der Tagung gewährleistet werden.

- **Bundestagswahl** (M. Günther)

Die Bundesgeschäftsstelle bereitet diese vor. Der Wahlkampfetat wird mit 6,8 Millionen Euro veranschlagt. Ausgebaut werden soll der Online- Sektor, dafür sind weniger Großflächen beabsichtigt.

- **Information zur Abfrage der LAG**

Das bisher vorliegende Ergebnis wurde versandt. Es ergingen nochmals individuelle Nachfragen. Eine Einladung der LAG- Vertreter soll in die nächste LV- Beratung erfolgen. Auflösungsbeschlüsse sollten für nicht existente LAG gefasst werden.

6. **Bericht aus den AG „Personalstruktur“ und „Politische Bildung“** (M. Günther)

-

- Personalstruktur: Zeitplan/ Fragekatalog für Evaluierung; Kreisbefragung ab 27.05. (Beratung Kreisvorsitzende), 4 Wochen- zeitraum und onlinebasiert; KV für Einbindung der ihrer basis verantwortlich

6. **Antrag zur Änderung der Personalstruktur** in der Landesgeschäftsstelle (Abstimmung im Umlaufverfahren)

Erweiterung des LWB muss von LV beschlossen werden; Vorbereitung 25.04. mit Agentur eingeleitet

7. **Antrag des SV Erfurt** zur Einrichtung einer 450 Euro- Stelle (Abstimmung im Umlaufverfahren)

S. Richter- Schmidt: Wegfall des hauptamtlichen Personals in EF ist nicht zu kompensieren.

S. Dittes: Der Antrag wurde im GfLV diskutiert und der AG Personalstruktur vorgelegt; GfLV empfiehlt Ablehnung. Es sollte die Verbindung von Ehrenamt und Hauptamt gesucht werden, Standort EF hat 8 Hauptamtliche ohne die LGS.

D. Starost sieht 450 Euro- Stellen kritisch, will aber EF helfen.

M. Hesselbarth: alle GV haben das gleiche Problem, inhaltliche Fragen werden durch Personal AG nicht bearbeitet, entscheidend ist, wie wird ehrenamtliche Arbeit definiert. Erfahrungen aus SOK und Jena sollten betrachtet werden; Hauptamtliche allein werden strukturelle Probleme nicht lösen.

S. Hennig- Wellsov empfiehlt, nochmals mit den Abgeordneten aus EF zu reden über eine zwischenzeitliche Lösung.

8. Antrag zur Erweiterung des Landeswahlbüros (Abstimmung im Umlaufverfahren)

9. Sonstiges, Termine

- Beratung zum weiteren Verfahren mit dem vom Landesparteitag überwiesenen Antrag zur Frauenförderungs politik:

Claudia Barthel und Donata Vogtschmidt sind bereit, die Zuständigkeit für die weitere Bearbeitung von Heike Werner wegen deren gegenwärtiger Arbeitsbelastung zu übernehmen.

-**Termin der Beratung der Kreisvorsitzenden** ist der 27.05.20 17.00 Uhr, voraussichtlich als Telefonkonferenz

-**Linksblick:**

Erscheinen ist für 02.07.20 geplant. Die Ausgabe soll wieder flächendeckend verteilt werden als „Urlaubsausgabe“. Die Abfrage der GV nach Auflagenhöhe erfolgt bis 10.06.20.

-**Nächster Termin des LV:**

Vorgeplant ist der 26.06. Allerdings soll zeitnah wieder eine Videokonferenz durchgeführt werden. Nochmals zu klären ist, ob der Sitzungstermin am Freitag sein soll.

H. Hänsgen informiert, dass 47 von 205 Neumitgliedern bisher keinen Beitrag zahlen und gibt eine Einschätzung zur Beschlusserfüllung bei Mandatsträgerbeiträgen.

M. Günther legt auf Nachfrage von D. Starost nochmals dar, warum es keine zentrale Präsentation der durch die Gebietsverbände aufgenommenen Fotos der lokalen Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai auf der Homepage des Landesverbandes gab, sondern diese durch die Geschäftsstelle in den sozialen Medien verwandt wurden.

F.d.P. Mathias Günther